



DpL will tiefere Gesundheitskosten für Rentner

Diskussion Im Schaaner Lindahof wurden an der von der DpL organisierten Informationsveranstaltung die Argumente für und gegen die Volksinitiative zur Franchisebefreiung der Rentner ausgetauscht.

Gesundheitsminister Manuel Frick vertrat die ablehnende Positionen von Regierung und Landtag, während der DpL Landtagsabgeordnete Herbert Elkuch und Erich Hasler, Stv. Landtagsabgeordneter, sich

für die Annahme der Volksinitiative stark machten. Das Ziel der Kostenbeteiligung über die Franchise in der Höhe von 500 Franken und von 10 Prozent der weiteren Kosten sei ein bewusster Umgang mit den Gesundheitsleistungen, sagte der Minister. So hätten denn auch die Ausgaben für Gesundheitsleistungen seit der Erhöhung der Franchise bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes und mit gleichzeitiger Erhöhung des Selbstbehaltes eingebremst werden können. Die Krankenkassenprämien seien von 2016 bis 2018 sogar um 8,8 Prozent gesunken, wozu Erich Hasler später bemerken wird, dass dies wohl die Einführung des Tarmed und nicht

die höhere Franchise bewirkt habe. Zudem könnten minder bemittelte Personen jeden Alters Antrag auf Prämienverbilligung stellen, führte Frick weiter aus. Ein Wegfall der Franchise - eine Giesskannenlösung - würde die Gesundheitskosten wohl wieder ansteigen lassen. Dies zeigten auch Erfahrungen im Ausland.

Rentner auf Ausgabenseite entlasten

Als ein Auslöser für die Volksinitiative zur Franchisebefreiung für Rentner kann die mittlerweile 11 Jahre dauernde Einfrierung der AHV-Altersrente bezeichnet werden. An der Veranstaltung der DpL manifestierte sich dies, indem beide Sprecher der



Im Lindahof fand am Dienstag eine Infoveranstaltung zur «Initiative zur Abschaffung der Krankenkassen-Franchise für Rentner» statt. (Fotos: P. Trummer)

DpL sich mehr über die AHV-Versicherung ausliessen als über die Franchisebefreiung. Sie zeichneten mit ihren Ausführungen ein klägliches Bild liechtensteinischer Sozialpolitik, in deren Rahmen die AHV als Volksversicherung, eine in anderen Ländern nach wie vor respektierte Pionierleistung, sukzessive marginalisiert wird. Aus naheliegenden Gründen bezeichneten sowohl Elkuch wie auch Hasler eine AHV-Rentenanpassung nur schwer machbar. Sie sehen in der Franchisebefreiung eine einfache, schnell realisierbare Lösung, welche die Rentner auf der Ausgabenseite entlasten würde. Zudem würden auch alle Rentenbezüger im Ausland von den

AHV-Rentenanpassungen profitieren, was bei einer Franchisebefreiung nicht der Fall wäre. Die Initianten zeigten teils überaus attraktive Lohnerhöhungen in verschiedensten Sektoren der Wirtschaft oder der Landesverwaltung, während die Rentner sich seit Jahren bei einem Null-Rentenwachstum mit Abgabenerhöhungen durch das KV-Gesetz, mit Steuererhöhungen (AHV Rente plus 40 Prozent), wie auch mit dem generellen Kaufkraftverlust konfrontiert sehen. Drei Wochen nach Pfingsten, bei der Abstimmung am 26. Juni 2022, wird sich zeigen, wie das Stimmvolk über die Franchisebefreiung für Rentnerinnen und Rentner denkt. (hs)